

Neuer Dachverbandsvorstand

Arbeitsgemeinschaft »Linke Unternehmer« in Gründung

aktuell

APRIL

2007

7. Ausgabe

Inhalt:

Unterwegs	
Profit oder Gewinn	2
Diskutiert	
Zu Ende geträumt	3
Rundum	
Finanztipp	4



Ende März zogen alle OWUS-Landesverbände Bilanz, diskutierten Erfahrungen und Probleme in der Verbandsarbeit, wählten einen neuen Vorstand (siehe Rand) und beschlossen, als Arbeitsgemeinschaft »Linke Unternehmer« in der neuen Partei zu wirken (Beschluss Seite 2). Der Rechenschaftsbericht analysierte, wie entsprechend dem Motto »Mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung – Was tun!« die drei auf der OWUS-Gründungsversammlung beschlossenen Ziele verwirklicht wurden.

1. Wie haben wir unsere wirtschaftspolitischen Positionen und Forderungen politischen Verantwortungsträgern, insbesondere der Linkspartei.PDS, vermittelt?

Die Landesverbände haben unterschiedlich aktiv an der Erhöhung der wirtschaftlichen Kompetenz der Partei mitgearbeitet. So als Delegierte zu den Bundes- und Landesparteitagen der Linkspartei.PDS mit wirtschaftspolitischen Diskussionsbeiträgen, mit Foren über den Inhalt unserer Vereinsarbeit, bei der Erarbeitung des Steuerkonzeptes der Linkspartei.PDS, bei weiteren Diskussionen zu den Dokumenten der Linkspartei.PDS und bei vielfältigen Anhörungen im Bundestag und in den Landtagen.

2. Wie entwickelten wir unseren eigenen Erfahrungsaustausch?

Die regelmäßigen regionalen Unternehmertreffs sollten noch stärker von allen Mitgliedern genutzt werden, denn sie sind bei einem hohen Beratungsbedarf eine kostenlose Investition mit großen Effekt und betreffen sämtliche Bereiche der wirtschaftlichen Tätigkeit. Unsere Probleme wurden in den Treffen mit Abgeordneten des Bundestages, der Landtage, mit Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS diskutiert, wie z.B. Ladenschlussgesetz und Steuerkonzept, Arbeitszeitverkürzungsmodell und Mindestlohn, EU-Dienstleistungsrichtlinie und ihre Auswirkungen auf KMU, ebenso wie Fördermöglichkeiten. Es muss uns noch besser gelingen, eine höhere Qualität von Lösungsvorschlägen zu erreichen – das ist und bleibt ein Schwerpunkt der Vorstandsarbeit.

3. Wie gelang uns die Gestaltung eines funktionierenden Informations- und Beziehungsnetzwerkes?

Regional sind zwischen Unternehmen feste Kontakte mit kontinuierlicher und fruchtbarer Zusammenarbeit entstanden. Seitens der im Verein vertretenen Unternehmens-

branchen sollten wir eine Bestandsaufnahme – hinsichtlich noch wirksamerer Kooperationsmöglichkeiten vornehmen, denn Reserven gibt es allemal. Auch könnte hier die Internet-Plattform noch wirksamere Unterstützung geben. Die seit sieben Jahren stattfindenden Unternehmerfahrten dienen dem Ziel, sich besser kennen zu lernen, Kontakte zu knüpfen, Spaß und Freude zu haben und Kraft für die nicht immer leichten tagtäglichen Aufgaben zu tanken. Vom 21.–23. September geht es diesmal in die wunderschöne ostpolnische Stadt Kraków.

Mitgliederentwicklung: Seit der letzten Dachverbandskonferenz wächst die Zahl unserer Mitglieder. Gegenwärtig sind 200 UnternehmerInnen in OWUS-Landesverbänden in Berlin-Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt (im Wiederaufbau), Thüringen, Niedersachsen, Hessen und Bayern organisiert. Bei den Dortmunder Parteitagen am 24./25. März präsentierte sich OWUS in bewährter Weise mit einem Stand und war Anlaufpunkt für KMU und interessierte Landesverbände der Linkspartei.PDS und WASG. Erste Kontakte wurden mit Genossen aus Rheinland-Pfalz geknüpft. Schleswig-Holstein hat ebenfalls schon angeklopft. Damit ist in den letzten beiden Jahren der Verein in die westlichen Bundesländer hineingewachsen und zeigt, dass sich linke KMU in einer eigenen Plattform organisieren möchten. Leider haben wir noch immer nicht in Mecklenburg-Vorpommern Fuß gefasst. Das bleibt Schwerpunkt, neben der weiteren Ausdehnung in den »Westen«.

Öffentlichkeitsarbeit: Insgesamt konnten wir die Information und Kommunikation insbesondere durch das Engagement des LV Berlin-Brandenburg auf Bundes- und Landesparteitagen der Linkspartei sowie bei weiteren politischen und fachspezifischen Veranstaltungen verbessern. Die veränderte Erscheinungsweise des Rundbriefes in Kombination mit dem monatlichen »OWUS-aktuell« ist ein Fortschritt. Unsere Internet-Seite wurde in Inhalt, Form und Navigation modernisiert und der neue Flyer ist auch in Fertigstellung. Weiterhin werden wir halbjährlich im »Neuen Deutschland« auf einer eigenen Seite aktuell über unseren Verein berichten.

Neu gewählter Dachverbandsvorstand:

Vorsitzender:
Dr. Diether Dehm,
Vorsitzender Niedersachsen

Stellvertreterin:
Iris Gottschalk,
Vorsitzende Sachsen-Anhalt

Stellvertreter:
Detlef Militz,
Vorstand Berlin-Brandenburg

Schatzmeister:
Andrej Philipp,
Vorstand Berlin-Brandenburg

Weitere Vorstandsmitglieder:
Reinhard Heinrich,
Vorsitzender Sachsen
Rosel Neuhäuser,
Vorsitzende Thüringen
Renate Vehlow,
Geschäftsführerin Berlin-Brandenburg



Renate Vehlow,
Geschäftsführerin OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

Beschluss des Dachverbandes:

»OWUS und DIE LINKE.«

1.

Mitglieder der Linkspartei.PDS in den OWUS Landesverbänden regen die Bildung einer AG durch einen innerparteilichen Zusammenschluss der Unternehmer, Freiberufler und Selbstständigen in den Landesverbänden an.

2.

Ein landesweiter Zusammenschluss entsteht, wenn er ein Zweihundertstel der Mitglieder repräsentiert oder entsprechend der Landessatzung die Anerkennung beim Landesvorstand der Partei »DIE LINKE.« erhält.
Termin: 2. Halbjahr 2007

3.

Nachdem in acht Landesverbänden Zusammenschlüsse erfolgten, zeigen sie dem Parteivorstand das Wirken eines bundesweiten Zusammenschlusses an, der als »linke Unternehmer« (AG KMU) in der Partei »DIE LINKE.« seine Arbeit aufnimmt.
Termin: 1. Quartal 2008

Das OWUS – Denk- und Handlungsmotiv »Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung« muss breitere gesellschaftliche Relevanz erhalten. Dazu bedarf es des verstärkten Engagements der Unternehmer, Freiberufler und Selbstständigen in der Linkspartei. Das verbindet sich mit der berechtigten Erwartung nach einem Zuwachs wirtschaftlicher Kompetenz der Linken. In den Gründungsdokumenten der neuen Partei »DIE LINKE.« wird die Umgestaltung der Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft gefordert. Hier können die Vertreter der KMU ihre Interessen wirkungsvoll auf die parlamentarische Ebene bringen.

Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums!

Zum Streit um eine Aussage in den programmatischen Eckpunkten der LINKEN

Die Debatten auf dem Dortmunder Parteitag zum »gewinnorientierten unternehmerischen Handeln« erinnern an alte Auseinandersetzungen um das PDS-Programm. Darin und auch in den Eckpunkten wird wiederholt betont, dass ohne gesellschaftliche Rahmenbedingungen Profitsteuerung massive Fehlentwicklungen und negative Effekte hervorbringt. Deshalb setzte sich die PDS damals wie heute für eine entwickelte gesellschaftliche Regulierung ein.

Deshalb ist auch uns wichtig:

1. dass sich Gewinninteresse mit sozial-ökologischem Wirtschaften verknüpfen lässt, aber ohne gesellschaftliche Rahmenbedingungen, ohne Kontrolle und starke sozialstaatliche Gegengewichte private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, sozialen und ökologischen Fehlentwicklungen führen. Wir wollen die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gemäß Grundgesetz, bei Berücksichtigung von Umwelterfordernissen;
2. dass es um die Bedingungen für unternehmerisches Handeln geht. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Unternehmen verschiedener Eigentumsverhältnisse (private, genossenschaftliche, kommunale oder staatliche) gleichberechtigte Chancen für das Agieren am Markt haben.

Hinter der These für ein entwickeltes Regulationssystem unter Berücksichtigung von Gewinninteressen stehen folgende Überlegungen:

- Es gehört zu den Grunderkenntnissen der Politischen Ökonomie, dass die Ergebnisse des gesellschaftlichen Produktions- und Aneignungsprozesses auf ökonomischen Interessen und deren Wirksamkeit beruhen. Das gilt für jedes Gesellschaftsmodell.
- Das führt nicht automatisch dazu, dass betriebswirtschaftliche Effizienz durch Innovationen gesichert wird. Deutlich zeigt sich dies z.B. an der Verhinderung von Innovationen zur Verlängerung der Lebensdauer von Gebrauchsgütern und in der Förderung einer Wegwerfideologie im Interesse eines hohen Absatzes und dadurch steigender Gewinne. Dem kapitalistischen Verwertungsstre-

ben ist das Bestreben immanent, den Gewinn durch Senkung vor allem der Lohnkosten und der Unternehmenssteuern zu erhöhen und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu umgehen.

- Es ist zwischen großen Kapitalgesellschaften und Großunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu differenzieren. Wir stützen nicht die profitdominierte Kapitallogik großer Konzerne. Für viele KMU dient das unternehmerische Handeln ihrer Existenzsicherung, der ihrer Familien und Beschäftigten. Generell ist die Gewinnsituation für viele KMU sehr problematisch und reicht oft nicht aus, um notwendige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie Investitionen zu finanzieren. Dies gilt insbesondere für ostdeutsche KMU. Hinzu kommt, dass die Unternehmenssteuern zunehmend auf diese gerichtet sind, während sich Großunternehmen und Kapitalgesellschaften aus der Finanzierung des Gemeinwesens immer stärker zurückziehen. Die jüngst beschlossene Steuerreform ist ein beredtes Beispiel dafür.
- Gesellschaftliche Regulierung, darin eingeschlossen die Orientierung auf ökologisch nachhaltige Technologien und Technologien zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und ähnliches, ist unverzichtbar, damit die Gewinninteressen stärker als bisher in gesellschaftlich notwendige Richtungen gelenkt werden. Veränderungen im Steuersystem müssen dazu beitragen, dass vor allem die Kapitalgesellschaften und andere Großunternehmen einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.
- Die Erfahrungen des Staatssozialismus in der DDR und in den anderen osteuropäischen Ländern haben deutlich gemacht, dass die Unterschätzung des Gewinns, speziell das nur schwach entwickelte Gewinninteresse, in den staatlichen Unternehmen und die geringen Spielräume für unternehmerisches Handeln die Entfaltung der Triebkräfte für Innovationen und eine hohe Effizienz der Produktion hemmen.

Dr. Frank Thiel, Parlamentarischer Geschäftsführer und wirtschaftspolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS, Landtag Sachsen-Anhalt

Magdeburger OWUS-Widerspruch

Keine Katastrophenszenarien!

Eingeladen waren u.a. linke Abgeordnete aus dem Landtag (Edeltraud Rogée und Dr. Frank Thiel) und Magdeburger Rathaus (Hans-Werner Brüning und Hugo Boeck).

Es ging um praktische Fragen der Stadtentwicklung, des Rentensystems und um Aktivitäten des Verbandes in Sachsen-Anhalt. Die Wellen schlugen hoch. Stunden zuvor war bekannt geworden, dass der weitere Ausverkauf kommunalen Eigentums (so der größten Bau- und Wohnungsgesellschaft – Wobau Magdeburg – und des einzigen kommunalen Krankenhauses in Olvenstedt) diskutiert würde. Die Unternehmer/innen waren sich einig, dass eine ihrer Daseinsvorsorge beraubte Stadt nicht handlungsfähig ist. Zum Thema Sozialsysteme argumentierte der Soziologe Prof. Bernd Raffelhüschen, dass schon seit 40 Jahren in der Bundesrepublik zu wenige Kinder zur Welt kämen. Sein Fazit, dass der Sozialstaat so nicht haltbar und Lebensstandardsicherung im Alter Privatsache sei, stieß auf energischen Widerstand. Prof. Dr. Reinhold Krampitz, selbst langjähriger Unternehmer, widersprach allen Katastrophenszenarien. Keine Prognose berücksichtige, dass wirtschaftlicher Fortschritt immer mit Produktivitätssteigerung, mehr Produktion von Gütern und Leistungen, Mehrung des gesellschaftli-

chen Reichtums verbunden ist. Das eigentliche Problem, wie wachsender gesellschaftlicher Wohlstand gerechter verteilt werden kann, wird zu Gunsten der wohlhabendsten Schichten umdeklariert in ein angebliches Generationenproblem. Anwesende Unternehmer/innen waren sich einig, den Mitarbeiter/innen auch in Altersvorsorge-Fragen Ansprechpartner zu sein und gesellschaftlich »Flagge zeigen« zu wollen. Deshalb einigten sie sich auf einen von Dr. Thiel vorgeschlagenen Katalog von Themen, denen sich OWUS Magdeburg in den nächsten Monaten stellen will: Wohin soll Wirtschaftspolitik der Linken gehen? Was heißt Zurückdrängen der Profitdominanz für KMU und Selbstständige? Was können wir zur eigenen Technologieentwicklung und zum Energiekonzept Sachsen-Anhalts beitragen? Wie stehen wir zu Unternehmensteuerreform, öffentlicher Daseinsvorsorge und Vielfalt der Eigentumsbildung? Die kleine, unentwegte Truppe der OWUS-Aktivisten in Magdeburg und Umgebung will als regionaler Verband in der hiesigen Unternehmerschaft und der politischen Linken bekannter werden und mit der Landtagsfraktion der LINKEN enger zusammenwirken. Das war ein Schritt dahin.

Bernd Augustin, 19.03.2007

»Regionale Wirtschaftsräume – Deutsche Kleinstaaterei?

Zusammenarbeit kann Probleme lösen



»Für ein Europa der Regionen – beginnen wir vor der Haustür!« hatte OWUS Berlin-Brandenburg zur Diskussion nach Neuenhagen geladen. Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, Dr. Helmuth Markov, Europaabgeordneter und der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers (alle Linke.PDS) stellten sich den Fragen der rund 40 Anwesenden. Gesprächspartner wie auch Publikum betonten, wie wichtig die Lösung infrastruktureller Probleme vor Ort und in der Region wäre. Dies gehe aber nur, wenn die Gemeinden, die beiden Länder sowie deutsche und polnische Partner vernünftig zusammenarbeiten würden. Die Länderehe

sei logisch, wenn Berlin und Brandenburg ihre Egoismen ablegen und ihre Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten und auch in der Wirtschaftsförderung endlich verstärken würden. Gefragt wurde, ob in Hoppegarten ein Halt der Ostbahn eingerichtet werden sollte, wenn es im wenig entfernten Mahlsdorf bereits einen gibt; ob die Erweiterung von Abbiegespuren und der Ausbau von Straßen an der Ländergrenze nicht schneller gelöst werden kann. Dagmar Pohle forderte eine gemeinsame Schulplanung, um nicht in Brandenburg neu zu bauen, wenn sich nah auf Berliner Seite schon Schulen befänden. Breiten Raum nahm die Förderpolitik ein, wobei die Unternehmer deutlich machten, dass zu viel über Neuansiedlung statt Bestandssicherung geredet würde. Sie plädierten für Liquiditätshilfen, da meist das Eigenkapital für technische Innovationen oder neue Produkte fehle. Nachfragen gab es zum Arbeits- und Vergaberecht. Sowohl Ralf Christoffers als auch Helmuth Markov erklärten, dass die EU-Regelungen ausreichend Spielraum böten, um regionalen Firmen aus der Region eine Chance zu geben. Dieser würde häufig zu wenig genutzt.

Klaus Biedka

OWUS – bring deine Träume in die neue Linke! (Teil 3 und Schluss)

2. Beispiel:

»Umbau zum bürgerfreundlichen Finanzamt«

Das Finanzamt-Image entspricht einem Nachbau eines Spitzelwesens. Die Steuererklärung ist eine patentierte Olympialeistung, deren jeweilige Neuerung den Globalplayern stets neue Umgehungsoptionen öffnet und die KMU neben der Lohnarbeit zu Alleinernährern der öffentlichen Hand gemacht haben. Man stelle sich vor, der Fiskus böte Startups, Handwerk und kleinen Dienstleistern einen Service an, selbst – etwa durch Hinzuziehung bislang freier Steuerberater – den Formulkram zu übernehmen. Für Steuerehrlichkeit gäbe es nicht nur eine Art Rabatt, sondern auch beworbene Kultur-events, in denen die Länder mit Showstars und Promimoderatoren ihre relativ leistungsstärksten und ehrlichsten Steuerzahler prämierten. Mann/Frau stelle sich ergo vor, wir würden nicht nur die Einführung einer Vermögenssteuer fordern, nicht nur die Erhöhung von Zahl und Qualität der Betriebsprüfer, sondern gleichzeitig Handreichungen des Finanzamts an Handwerk u.a. Kleinunternehmen und eine wirkungsvolle Kommunikationsstrategie für ein bürgerfreundliches Finanzamt. In dem Land, in dem die höchste karitative Spendenbereitschaft herrscht, sitzen – oft widersinnig und kontraproduktiv – Kleinunternehmer bis mitten in die Nacht mit subversivem Phantasieaufwand, ein paar Euros am Fiskus vorbei zu schmuggeln. Ihre Eitelkeit, für die sie meist in der Vereinswelt (= in Deutschland ist das die realexistierende Zivilgesellschaft!) als Spender brillieren, wird vom Fiskus nicht einmal gestreichelt. Und die Linke? Die denkt: Strafe für Gewinn müsse sein und Eitelkeit sei ohnehin ihr geborener Feind. Wenn die einleitenden Bemerkungen dieses Essays aber auch nur halb zutreffend sind, dann muss die Linke nicht einen großen Beitrag dafür leisten, dass Daimler, die Deutsche Bank und EON endlich überhaupt Steuern zahlen, sondern dass in der Gesellschaft das Steuerzahlen »in« wird und das finanzparasitäre Partizipieren an den Vorhaltungen des Staats »out«.

3. Beispiel:

Soziale Kultur-Kooperative der Linken, von OWUS und 'solid Kürzlich weilte eine Delegation mit unserem parlamentarischen Geschäftsführer Uli Maurer in Holland ein paar Tage bei der in Wahlkämpfen kolossal erfolgreichen Sozialistischen Partei. Eines von vielen konkreten Projekten ist ihre sehr irdische Hilfe für soziale Arbeit im »Prekariat« auch durch nicht immer freiwillige Spenden ihrer Mandatsträger, deren drakonische Abgaben für ein Entree in ein Parlament verbindliche Voraussetzung liefern. Dies speist sich aus der maoistischen Tradition der SP in NL und ist sicher in dieser Absolutheit auf die deutsche Linke kaum übertragbar. Dennoch: 20% mehr als heute, wäre doch für alle unsere Mandatsträger machbar. Und: Würden wir in Landtagswahlkämpfen mit Fotos aus einem von unseren Mandatsträgern und linken gut gehenden Unternehmern mitfinanzierten Sommerzeltlager aufwarten können, wo Kinder aus ärmeren Verhältnissen Theaterspielen, Musikmachen lernen, Konzerte mit Stars erleben, die sonst Unsummen an Eintritt kosten usw. usw., hätten wir etwas Vorzeigbares, Konkretes. OWUS könnte dies in Kooperation mit unserer Jugendorganisation »solid« auf den Weg und in die Wahlprogramme bringen. Die Organisation öffentlicher Gelder muss von der Partei hinzugebracht werden. Das Image der Linken würde aus einer neuen Gemeinsamkeit von Linken, KMU und Staat gespeist. Denn nur auf dieser Basis ist eine neue Welt möglich. Lasst uns solche und bessere Ideen, Träume und Visionen zu konkreten Vorstellungen verdichten und in die neue Linke einbringen. Sie sollen in künftige Wahlkämpfe, sie sollen das Jahr 2009 mit dem Europa- (im Sommer) und dem Bundestagswahlkampf (im Herbst) prägen helfen. Aber vor allem: Sie müssen Wirklichkeit werden. Nicht nur, wenn wir in Gemeinden und Ländern mitregieren: hier und heute im Kapitalismus bereits, damit ein neuer Sozialismus vorstellbar und damit real werden kann.

Dr. Diether Dehm (Europapolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag)



(Unternehmertreff Berlin im nächsten Newsletter)

Termine:

Unternehmenssteuerreform 2008

21.4., 9 Uhr,

Pasewalk, Bürohaus am Markt, Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Uecker-Randow mit André Brie u.a. zu den Positionen der Linken zum G8 Gipfel

21.4., 14.30–16.30 Uhr,

Berlin, Marxismuskonferenz »Mit Keynes aus der Krise«, mit Sahra Wagenknecht

24.4., 19 Uhr,

Berliner Unternehmertreff, Hotel »ABACUS«, Franz-Mett-Straße 3-9, InvestitionsBank Berlin stellt neue KMU-Förderprogramme vor

24.04., 19 Uhr,

Berlin, Bundstag, Jakob-Kaiser-Haus, Veranstaltung mit Dr. Diether Dehm, Prof. Dr. Christa Luft, Prof. Dr. Gregor Schirmer, auf Voranmeldung

26.4., 19 Uhr,

Potsdamer Unternehmertreff, Hotel »ASCOT-Bristol«, Asta-Nielsen Str. 2, InvestitionsBank Brandenburgs stellt sich und KMU-Förderprogramme vor

27.4., 11-17 Uhr,

Tourismuspolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE., Deutscher Bundestag, Clara-Zetkin-Saal, PRT 3 S 039

29.4., 10 Uhr,

»Offene Worte« – zu Gast bei Dagmar Enkelmann Prof. Dr. Christa Luft, Bernauer Kulturhof, Treff 23, Breitscheidstraße 43 A

2.5., 16 Uhr

Öffentlich geförderte Beschäftigung – Notlösung oder Zukunft? Podiumsdiskussion, Kino KOSMOS, Karl-Marx-Allee 131

12.5.,

Tag des Offenen Unternehmens im Land Brandenburg (siehe Zeitschrift 4/007 – IHK Forum Brandenburg, Seiten 6–9)

15.5.,

Klausur der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zum Thema Rente

Die noch vor der Sommerpause 2007 zu verabschiedenden zum Teil sehr komplexen Neuregelungen bedürfen einer sorgfältigen Prüfung. Deshalb bietet OWUS der Linksfraktion im Bundestag sowie den Landtagsfraktionen an, das Gesetzgebungsverfahren aus der Sicht der Betroffenen zu begleiten. Einleitend sei betont, dass wir Bemühungen um die Verbesserung des deutschen Steuerrechts begrüßen. Ob die Senkung des Körperschaftsteuersatzes allerdings positive Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben wird, bezweifeln wir.

Zu bedauern ist schon jetzt, dass eine echte Reform der Gewerbesteuer und Kommunalfinanzen wiederum nicht zustande kommt. Die Umgestaltung der Gewerbesteuer hin zu einer zusätzlichen Ertragsteuer auf gewerbliche Gewinne wird vielmehr mit der Abschaffung des Betriebsausgabenabzugs fortgeführt. Die Gewerbesteuer gewinnt darüber hinaus durch die Senkung der Körperschaftsteuersätze deutlich an Gewicht und tritt als zweite Ertragsteuer fast gleichwertig an deren Seite.

Kritisch sehen wir auch Teile der vorgesehenen Gegenfinanzierung. In welchem Ausmaß Unternehmen betroffen sein werden, hängt von Branche, Fremdverschuldungsgrad und auch Rechtsform ab. Um zu verhindern, dass die Neuregelungen im Bereich der Zinsschranke dazu beitragen, Unternehmen insolvent werden zu lassen, sollte hier für ei-

ne Übergangszeit Bestandsschutz für bestehende Finanzierungen gewährt werden. Leider enthält der vorliegende Gesetzentwurf Maßnahmen, die zu weiterer Komplizierung des Steuerrechts bzw. zu erhöhter Bürokratie führen werden.

Ein wesentlicher Bestandteil der Reform ist die Einführung einer Abgeltungssteuer auf private Einkünfte aus Kapitalvermögen einschließlich der Gewinne aus Wertpapierveräußerungen. Als Abkehr von der bisher als Leitvorstellung geltenden synthetischen Einkommensteuer erfordert die Einführung einer Abgeltungssteuer eine besondere Begründung. Eine solche Begründung kann in der Besonderheit von Einkünften aus Kapitalvermögen gegenüber anderen Einkunftsarten liegen. Auch wenn dies anerkannt wird, darf der vorgesehene Systemwechsel jedoch nicht dazu führen, Einkünfte aus Kapitalvermögen gegenüber den anderen Einkünften schlechter zu stellen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 27. Juni 1991 (BStBl. I, S. 654) vielmehr aufgrund der Inflationsgefahr eine schonende Besteuerung für möglich gehalten.

Sollten am Gesamtpaket der Unternehmenssteuerreform 2008 nicht entscheidende Änderungen in Vereinfachung und Bürokratieabbau vorgenommen werden, empfiehlt OWUS den Gesetzentwurf abzulehnen.

Gerd Beck, OWUS Thüringen



OWUS-Reise nach Kraków

Vom 21. bis 23. September wollen wir erneut europäische Geschichte und Moderne entdecken. Im Programm ein Treffen mit polnischen UnternehmerInnen, Ausflüge in die Hohe Tatra, Folklore, der Besuch des Salzbergwerkes Wieliczka und vieles mehr. Wie auch in den letzten Jahren wird diese Reise von unserem OWUS-Mitglied Touristik und Kontakt International veranstaltet. Reiseanmeldungen können telefonisch unter 030/423 33 33 oder per Mail an tuk-berlin@derpart.de vorgenommen werden.

Jürgen Heinrich, Geschäftsführer tuk, OWUS-Mitglied

»Brandenburger-Kredit« der ILB für alle

Zur Ergänzung der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung des regionalen Mittelstandes und damit zur Erleichterung des Zuganges zu einem Kredit legt die ILB ein neues Förderprogramm für den Mittelstand auf. Anders als bei

bisherigen Programmen könne den Kredit jeder Gewerbetreibende erhalten, ob Bäcker, kleiner Bauunternehmer, Apotheker oder Arzt. Das »Breitenangebot« ist ein Gemeinschaftswerk der ILB mit der KfW Mittelstandsbank des Bundes. Neu ist, dass die von der KfW bereits zu günstigen Konditionen gewährten herkömmlichen Kredite mit Eigenmitteln der Landesförderbank noch einmal um 0,2% pro Jahr verbilligt werden. (siehe Termin 26.4.)

8.3. Kampf- oder Feiertag?

Der Internationale Frauentag ist für viele Frauen immer noch Anlass zu feiern und auch über die Geschlechtergerechtigkeit in Europa nachzudenken. Im vergangenen Jahr waren wir bei unseren tschechischen Freunden in Jicin. In diesem März haben sich Netzwerk Europäische Linke Brandenburg, OWUS und Frauen aus der WASG mit ca. 40 Tschechinnen der KSCM in Dresden getroffen. Von Potsdam über Berlin und Cottbus ging es in die Elbmetropole zum kleinen Stadtrundgang mit Dresdner Genossen und unseren tschechischen Freunden. Anschließend wurde im

»Haus der Begegnungen« über die Bedeutung des Internationalen Frauentages und des Kampfes der Frauen für Geschlechtergerechtigkeit diskutiert, zu aller Freude bei einer fröhlichen Feier mit Kaffee, Kuchen, Wein und Tanz. Solche Treffen mit Gleichgesinnten zeigen mir immer wieder, dass wir nicht allein sind, dass sich die Situationen in den Ländern gleichen, und wir uns deshalb über unsere Probleme austauschen können, um dann zu gemeinsamen Aktionen im Rahmen unseres politischen Kampfes zu kommen. Das nächste Treffen ist das Europa-Camp vom 17.–19.5. in Tschechien.

Elke Böckmann, Mitglied des Landesvorstandes Brandenburg und OWUS

Impressum

Herausgeber: OWUS e.V., Vi.S.d.P. Renate Vehlow
Redaktion: C. Hempel, R. Vehlow
Geschäftsstelle: Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin,
 Fon: 030 - 24 009 563, Fax: 03327 - 73 20 90, kontakt@owus.de

Satz/Layout/Druck: typegerecht berlin GbR, Schönhauser Allee 36, KulturBrauerei · Haus S, 10435 Berlin 030 - 48 49 62 43
Fotos: Renate Vehlow, Ronald Friedmann

Zuschriften können bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.